

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

21. Sitzung Donnerstag, 8. Dezember 2011, 9.30 Uhr

TOP 2

Aktuelle Debatte

Abstimmungsergebnis akzeptieren – Stuttgart 21 weiterbauen

Beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Rede von

Nicole Razavi MdL

Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur
der CDU-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident, mein sehr geehrten Damen und Herren! Am 27. November hat der Souverän, haben die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg gesprochen und sie haben eine kluge Entscheidung getroffen. Was sie gesagt haben, lässt keinen Spielraum für Spekulationen. Stuttgart 21 und die Neubaustrecke werden gebaut, so wollen es die Menschen im Land! Sie haben sich für die Zukunftsfähigkeit und Modernität unseres Landes, für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze ausgesprochen.

Wer mit allen Tricks versucht hatte, Stuttgart 21 zu torpedieren, hat jetzt endgültig verloren. Die Menschen sind auf Ihre Täuschungsmanöver nicht hereingefallen. Die Realität hat die Grünen Gegner eingeholt; die Zukunft hat sie überholt.

Die Abstimmung ist für Sie eine politische Niederlage. Es ist für Sie schmerzhaft: aber die Mehrheitsverhältnisse im Land sind eben anders, als Sie erhofft hatten. Gewonnen aber haben wir alle: weil das Land einen hochmodernen Bahnknoten zu einem überschaubaren Preis bekommt und vor allem, weil Rechtsstaatlichkeit und Verlässlichkeit bestätigt wurden.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können auf diese Volksabstimmung stolz sein. Sie haben eine weise Entscheidung mit eindeutigen Botschaften getroffen.

Erstens: Die Baden-Württemberger wollen eine Infrastruktur und eine Verkehrspolitik, die dem gerecht wird! Innovationsgeist und der Mut, Neues zu wagen, sind die Grundlagen unserer Spitzenstellung. Wir können sie nur sichern, wenn wir unsere Infrastruktur weiter verbessern. Die Menschen haben das verstanden.

Die zweite Botschaft richtet sich an die Grünen im Land und auch hier im Haus: Ihr Verhältnis zum Ausbau der Infrastruktur ist falsch. Sie müssen es grundlegend neu bestimmen. Sie sind am 27. November wie schon so oft vorher gescheitert. Sie haben wieder einmal die Protestbewegung enttäuscht und vor allem getäuscht und sitzen in einem Dilemma. Sie hatten versprochen, Stuttgart 21 zu verhindern, und Sie sitzen jetzt in einer Glaubwürdigkeitsfalle. Um dieses Land erfolgreich zu regieren, reicht es eben nicht aus, dagegen zu sein.

Übrigens: Die SPD ist in den letzten Monaten im langen Schatten des Ministerpräsidenten und des grünen Partners ziemlich blass geworden. Dass Sie Ihre eigene Hürde nur mit der CDU als Herzschrittmacher gerade so geschafft haben, wage ich nur einmal am Rande zu bemerken.

Die gesamte Landesregierung muss jetzt einen Weg finden, das Bahnprojekt Stuttgart – Ulm zu einem Gewinn für das ganze Land zu machen. Ihre Glaubwürdigkeit steht jetzt auf dem Spiel. Und wir werden Sie daran messen, wie sie dem Bürgerwillen folgen.

Bereits Anfang der Woche haben wir unsere Erwartungen mit einem 8-Punkte-Plan zu Stuttgart 21 deutlich gemacht:

Bereits Anfang der Woche haben wir unsere Erwartungen mit einem 8-Punkte-Plan zu Stuttgart 21 deutlich gemacht. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident sagen, Sie werden Stuttgart 21 jetzt statt „ablehnend-kritisch“ „konstruktiv-kritisch“ begleiten, dann ist das zu wenig und riecht nach Hintertür. Sie sind nicht nur Zuschussgeber, wie Sie sagen, und damit Zaungast. Das Land ist Projektpartner und hat die

Pflicht, Stuttgart 21 umzusetzen und aktiv zu fördern. Der „Politik des Gehört Werdens“ müssen jetzt Taten folgen!

Sie müssen beweisen, dass Sie verstanden haben. Wir erwarten, dass Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Partei und Fraktion sich jetzt unmissverständlich von jedem Widerstand gegen das Bahnprojekt distanzieren: Die GRÜNEN sind prominent in das Bündnis gegen Stuttgart 21 eingestiegen, ebenso prominent müssen sie jetzt wieder aussteigen. Wir erwarten, dass Sie Ihre Kontakte zu den Gegnern nutzen, zur Deeskalation aufrufen und dafür sorgen, dass Behinderungen endlich ein Ende haben. Wir erwarten, dass Sie den Rechtsstaat schützen und das Projekt mit Entschlossenheit voranbringen.

Diese Verpflichtung meine Damen und Herren gilt natürlich insbesondere für den Verkehrsminister:

Am 27. November haben Sie Herr Minister Hermann endlich einmal einen wahren Satz gesagt: Ich zitiere: *„Die Volksabstimmung gibt keine Legitimation mehr gegen das Projekt zu kämpfen“*. Daran werden wir Sie messen, solange Sie im Amt sind.

Dass ausgerechnet Sie, dieses Projekt umsetzen müssen, ist ihr Schicksal. Ihre 180 Grad Wende vom Saulus zum Paulus ist beachtlich. Ob sie es schaffen, fraglich. Wir werden genau hinsehen, ob Sie es als *„opportunistischer Springer zwischen Fundamentalismus und Macht“* – wie sie einmal ein Parteifreund genannt hat, ernst meinen.

Hören Sie auf, den Protest zu schüren. Und vor allem: lösen Sie das gesamte Widerstandsnetzwerk und Ihre Task Force im Ministerium auf. Schicken Sie die Leute dahin, wo Sie hergekommen sind. Ihnen fehlt nicht nur der Wille, sondern auch jede Eignung, S 21 voranzutreiben. FAZ fragt zu Recht (29.11.2011): *„Wie diese ministerialen Bahnhofsgegner jetzt für ein einvernehmliches Verhältnis mit der Bahn sorgen sollen, bleibt Hermanns Geheimnis.“*

Eines ist klar: Wer nach der Volksabstimmung weiter die Leistungsfähigkeit von S 21 in Zweifel zieht, über Alternativen nachdenkt, dafür weiter Gutachten bezahlt, weiter Personal auf Staatskosten beschäftigt, um das Ganze zu hintertreiben, der ist ein Fall für den Rechnungshof. Dafür tragen Sie Herr Minister die Verantwortung! Wir werden das nicht zulassen.

Es ist jetzt Sache dieser Landesregierung, zu versöhnen, Gräben zuzuschütten, Brücken zu bauen. Befürworter und Gegner in die städtebauliche Umsetzung einzubeziehen. Vor Ort zusammen mit der Bahn Möglichkeiten zum Dialog und zur Information zu schaffen. Wir erwarten von Ihnen ganz im Sinne von Offenheit und Transparenz, dass Sie dem Parlament einen vierteljährlichen Bericht über den Baufortschritt vorlegen.

Im Namen der Bürgerinnen und Bürger werden wir darauf drängen, dass ihr Votum glaubwürdig umgesetzt wird. Sonst droht statt Kultur der Beteiligung umso tiefere Demokratieverdrossenheit.

Jede offene oder verdeckte Behinderung werden wir entschlossen bekämpfen.

Allen, die bei der Umsetzung guten Willens sind, reichen wir die Hand. - Vielen Dank.